

Schlechte Noten für die Regierung

Kantonsfinanzen Zwei Sessionen später als üblich hat der Grosse Rat gestern die Rechnung 2017 genehmigt. Weil die Regierung nachbessern musste, schliesst sie anstatt wie geplant mit einem Gewinn mit einem Minus. Im Parlament hagelte es Kritik.

Sandra Rutsch

Es sind keine einfachen Tage für Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP). Am Sonntag lehnte das Stimmvolk die Steuersenkung für Firmen ab. Heute Dienstag wollen die Linken Sparmassnahmen rückgängig machen (siehe Kasten). Und dazwischen gab es gestern Montag viel Schelte für die Rechnung 2017.

Rechnungen sind meist Routinegeschäfte, die ein Parlament durchwinkt. Normalerweise sind sie auch schon in der Junisession ein Thema. Doch dieses Mal ist alles anders. Der Kanton tat sich schwer mit der Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2. Schon lange zeichneten sich unterschiedliche Ansichten zwischen Finanzdirektion und der Finanzkontrolle – ihrem Kontrollorgan – ab. Als die Rechnung dann vorlag, entdeckte die Finanzkontrolle so viele wesentliche Mängel, dass sie diese schliesslich zurückwies.

Parlament als Schiedsrichter

«Ursprünglich war geplant, dass der Grosse Rat nun der Schiedsrichter sein soll», sagte Raphael Lanz (SVP, Thun) gestern im Rat. Nachvollziehbar sei das nicht, und ein Milizparlament wäre damit überfordert, fand er. So sah es auch die Finanzkommission (Fiko), der Lanz angehört. Sie nahm die Vermittlerrolle «zwischen Hammer und Amboss» ein, wie es Vizepräsidentin Béatrice Stucki (SP, Bern) sagt. Die Fiko holte Gutachten ein, liess etwa die Arbeit der Finanzkontrolle überprüfen. Und schickte die Regierung über die Bücher. Anstatt des Plus von 49 Millio-



Zwischen Hammer und Amboss sei die Finanzkommission bei der Rechnung gewesen, sagte Vizepräsidentin Béatrice Stucki (SP, Bern). Im Hintergrund Kommissionspräsident Daniel Bichsel (SVP, Zollikofen) und Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP). Foto: Beat Mathys

nen Franken, das Simon im Frühling präsentierte, winkt nun ein Minus von 5 Millionen. Das ist laut Finanzkontrolle immer noch mindestens 34 Millionen Franken zu positiv dargestellt. Doch weil die restlichen Fehler nicht rechtzeitig behoben werden können, empfahl sie die Rechnung zur Genehmigung.

Der Bericht der Fiko zur Rechnung und die gestrige Diskussion im Rat sind kein Ruhmes-

blatt für die Regierung und die Finanzdirektion. Die Finanzpolitik der ruhigen Hand, die Beatrice Simon immer propagiere, sei hier zu ruhig gewesen, sagte Hans Kipfer (EVP, Münsingen). «Manchmal muss man den Finanzdampf auch aktiv steuern.» Er sprach von Führungsschwäche und fehlender Weitsicht. Michael Köpfli (GLP, Bern) fand, die Finanzdirektorin habe «sehr lange, hartnäckig, wenn

nicht dogmatisch auf ihrer Position verharret».

Diskrepanzen bleiben

Es sei kein einfacher Weg gewesen, sie wolle die Situation nicht schönreden, sagte Beatrice Simon. Und betonte einmal mehr, dass es sich ausschliesslich um Fragen der buchhalterischen Darstellung handle und dass der Kanton Bern keinen finanziellen Schaden daraus gezogen habe.

Abgeschlossen ist die Baustelle HRM2 im Kanton Bern noch nicht. Zwar haben sich Regierung und Finanzkontrolle nun zusammengesetzt, und der Grosse Rat hat Motionen zur Reorganisation des Finanz- und Rechnungswesens überwiesen. Die Finanzdirektion hat bereits Massnahmen eingeleitet. Und auch das Parlament genehmigte gestern schliesslich die Rechnung. Gewisse Diskrepanzen aber bleiben.

Spardebatte zum Zweiten

Heute wartet auf den Grossen Rat eine zweite kleine Spardebatte. Bei den Diskussionen rund um den Voranschlag und den Finanzplan stellen die Linken Anträge, um letztes Jahr beschlossene Sparmassnahmen rückgängig zu machen. Dazu gehört etwa die höhere Patientenbeteiligung im Spitex-Bereich. Nachdem das Stimmvolk Nein zur Steuersenkung für Firmen gesagt habe, müsse ein anderer Kurs eingeschlagen werden, finden die Linken. Das Nein sei auch eine Ablehnung der Sparmassnahmen, mit denen sich der Grosse Rat Spielraum für die Steuersenkung verschaffte. Allerdings ist absehbar, dass die Linken keinen Erfolg haben werden. Ausser bei der GLP zeigen sich die bürgerlichen Abstimmungsverlierer zu keinen Zugeständnissen bereit. Somit dürften die Anträge keine Mehrheit finden. Bereits abgelehnt hat der Grosse Rat, weiterhin 0,3 Prozent zum Aufheben von Lohnrückständen für Lehrpersonen zur Verfügung zu stellen. (sar)

Etwa darin, welcher Betrag als Eigenkapital gilt. Denn das hat Auswirkungen auf die Schuldenbremse. Laut der Regierung hätte der Kanton nun Eigenkapital und müsste das Defizit der Rechnung nicht ins Budget 2019 einbeziehen. Das Parlament aber hatte andere Ansichten, wie sich das Eigenkapital zusammensetzt. Nun muss die Regierung die fünf Millionen im Budget 2019 auffangen.

Unternehmer setzen Kanton unter Druck

Abstimmung Nach dem Nein zu tieferen Unternehmenssteuern drohen Firmen mit Verlagerungen weg vom Kanton Bern.

Simon Michel meint es offenbar ernst. Der Chef der Medizintechnikfirma Ypsomed bereitet «die Verschiebung der ersten 50 bis 100 Stellen von Burgdorf nach Solothurn» vor. Dies hat er am Sonntag getwittert, kurz nachdem das Nein der Berner Stimmbevölkerung zu tieferen Unternehmenssteuern festgestanden hatte. Seit längerem kritisieren er und sein Vater, Verwaltungsratspräsident Willy Michel, die Steuerbelastung im Kanton Bern als zu hoch. Gestern wollten sich die Ypsomed-Patrons zwar nicht weiter äussern. Aber ihr Sprecher Thomas Kutt bestätigte, dass die Firmenleitung die Teilverlagerung «sehr ernsthaft prüft».

Bis im nächsten Frühling soll der definitive Entscheid feststehen. Welche Abteilungen und welche Funktionen betroffen sind, lässt Kutt offen. Klar ist bereits, dass Ypsomed für den weiteren Personalaufbau auf Solothurn fokussiert. «Wir haben dort noch Platz.»

Aktuell beschäftigt Ypsomed in Solothurn und Grenchen total 427 Personen. In Burgdorf sind es 601. Es freut die Patrons, dass die Solothurner Regierung die Unternehmenssteuern von 21,48 Prozent auf 13 bis 16 Prozent senken will. Bern bleibt nun bis auf

weiteres bei bis zu 21,64 Prozent. Das Angebot der Nachbarn werde damit «so viel besser, dass man es nicht mehr mit Heimatgefühlen wettmachen kann», twitterte Simon Michel. Er wohnt bereits mit seiner Familie in Solothurn und wurde dort für die FDP in den Kantonsrat gewählt.

Auch andere Kantone senken die Unternehmenssteuern weiter. Dies im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 des Bundes. Dass Bern nun voraussichtlich bald die mit Abstand höchsten Steuern verlangt, bringt auch andere Firmen dazu, ihre Standortstrategie zu überdenken. Zum Beispiel den Pharmagrosshändler

und Apothekenbetreiber Galenica, der in der Stadt Bern seinen Sitz hat.

«Wir werden Massnahmen prüfen, wie wir die übermässige Steuerlast im Kanton Bern in den nächsten Jahren reduzieren können. Dazu gehört auch die regionale Ausrichtung sowie die Investitionstätigkeit im Kanton Bern», sagt Galenica-Sprecherin Christina Hertig. Was das für die Arbeitsplätze und den Steuersitz konkret bedeutet, stehe aber noch nicht fest.

Standortförderung gefordert

Diese Zeitung wollte den Leiter der Standortförderung des Kan-

tons Bern, Sebastian Friess, befragen. Ob bei ihm die Telefone sturmläuten wegen Anrufen verärgelter Unternehmer, ob er nun auf Goodwilltour bei Patrons gehe, ob er jetzt überhaupt noch Unternehmen nach Bern locken könne.

Anstelle von Friess meldet sich dessen Chef, Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann. «Das Abstimmungsergebnis bringt tatsächlich Risiken mit sich», sagt er. Die Unternehmer würden zwar nicht über Nacht ihre Standortstrategie ändern. Der Volkswirtschaftsdirektor anerkennt aber die Gefahr, dass Firmenchefs nun intensiver darü-

ber nachdenken, Arbeitsplätze und Steuersitze weg vom Kanton Bern zu verlagern respektive nicht mehr hier, sondern anderswo zu investieren: «Wir haben Anzeichen erhalten, dass diese Fragen in Unternehmensleitungen intensiver diskutiert werden als früher.» Auch die Standortförderung werde «auffällig häufiger als früher» auf die Steuersituation angesprochen.

«Es geht nun darum, Wege zu suchen, wie der Kanton Bern mit der roten Laterne bei den Unternehmenssteuern umgehen will», sagt der SP-Regierungsrat. Die Kantonsregierung werde in den nächsten Tagen und Wochen

eine Auslegeordnung machen.

«Wir haben keinen Plan B in der Schublade», bekräftigt Ammann Aussagen von Finanzdirektorin Beatrice Simon vom Vortag. Er erinnert daran, dass der Grosse Rat vor zwei Jahren die Steuerstrategie des Regierungsrates entgegengenommen habe.

Demnach hätte der Kanton die maximalen Steuersätze für Unternehmensgewinne weiter gesenkt auf 17,16 Prozent im Jahr 2021 und 16,37 Prozent im 2022. Doch diese Steuerstrategie muss nun neu geschrieben werden.

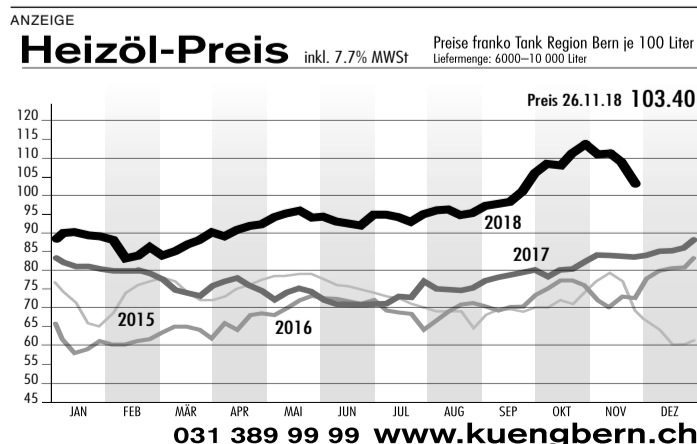
Julian Witschi

Heizöl Preise

Region	1000 Liter	3000 Liter	6000 Liter
Langenthal und Umgebung	113.80 (119.20)	107.10 (112.50)	102.00 (107.40)
Münsingen, Thun, Emmental	117.40 (122.80)	110.60 (116.00)	104.90 (110.30)
Brienz, Lauterbrunnen, Frutigen, Zweisimmen	119.40 (124.80)	112.60 (118.00)	106.90 (112.30)
Solothurn und Umgebung	117.60 (124.00)	106.30 (112.70)	104.70 (111.00)
Wimmis, Spiez, Interlaken, Niderrimental	118.10 (123.50)	111.30 (116.70)	105.60 (111.00)
Bern und Umgebung	116.60 (122.00)	109.80 (115.20)	104.10 (109.50)
Grindelwald, Meiringen, Lenk, Saanenland, Adelboden	120.60 (126.00)	113.70 (119.10)	108.10 (113.50)

Richtpreise inklusive MwSt. und LSWA (Preise der Vorwoche in Klammern)

swissoilbernsolothurn.ch
Preise je 100 Liter Heizöl extraleicht franko Tank am 26. November 2018 (Preise in Franken). Im Brennstoffpreis inbegriffen: CO₂-Abgabe von Fr. 27.40 je 100 Liter.



JETZT HEIZÖL BESTELLEN!



KÜNG AG BERN
Mineralölprodukte
Telefon 031 389 99 99
www.kuengbern.ch

